



# Bundesverfassungsgericht

- Verwaltung -

Bundesverfassungsgericht ♦ Postfach 1771 ♦ 76006 Karlsruhe

h. [REDACTED]kk5gudpyg@fragdenstaat.de

Herrn  
[REDACTED]

**Aktenzeichen**

1451/1 - 415/18

(bei Antwort bitte angeben)

**Bearbeiter**

Herr Wagner

**☎ (0721)**

9101-300

**Datum**

20. März 2018

**Antrag gemäß Informationsfreiheitsgesetz**

**Ihr Antrag per E-Mail vom 22. Februar 2018**

Sehr geehrte [REDACTED]

mit Ihrer o.g. E-Mail beantragen Sie die Übersendung von Schriftstücken zur Organisation und Nachbereitung des Besuches des spanischen Verfassungsgerichtes beim Bundesverfassungsgericht vom 14. bis 16. Februar 2018.

Ihr Antrag kann noch nicht beschieden werden, da wegen der in den Unterlagen enthaltenen personenbezogenen Daten und Betriebs- bzw. Geschäftsgeheimnissen Dritter ein sogenanntes Drittbeteiligungsverfahren (§§ 5 Abs. 1 Satz 1, 6 Satz 1, 8 Abs. 1 IFG) durchgeführt werden müsste. Die hierdurch sowie für die zu fertigenden zahlreichen Kopien (zwei Aktenordner) entstehenden Kosten wären gebührenpflichtig geltend zu machen. Die von Ihnen für diesen Fall erbetene detaillierte Aufschlüsselung der zu erwartenden Kosten ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich, dürfte sich jedoch - unverbindlich - grob geschätzt im mittleren bis oberen zweistelligen Bereich bewegen.

Ich bitte daher um Mitteilung, ob Sie unter diesen Umständen Ihren Antrag unverändert aufrechterhalten. In diesem Falle bitte ich Sie weiter, wegen des dann zu erlassenden Gebührenbescheides um die Angabe Ihrer postalischen Anschrift und die Abgabe der Erklärung, dass Sie die anfallenden Gebühren übernehmen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Wagner

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.